



UDH
UNTERNEHMERVERBAND
DEUTSCHES HANDWERK

UDH • Postfach 110472 • 10834 Berlin

Zentralfachverbände

Nachrichtlich:
BDA, Frau Dr. Dorn

Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21
10117 Berlin
www.zdh.de

Abteilung: Berufliche Bildung
Ansprechpartner:
Dr. Anett Brauner
Tel.: +49 30 206 19-309
Fax: +49 30 206 19-59 309
E-Mail: brauner@zdh.de

Berlin, 15.10.2018
Per E-Mail

Bildungspolitisches Positionspapier der Fachverbände

Zusammenfassung

Im Rahmen eines bildungspolitischen Positionspapiers fordern die Fachverbände des Handwerks die Politik auf, die Rahmenbedingungen für eine attraktive und starke berufliche Bildung zu gestalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die berufliche Bildung ist eine starke Marke, die einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftskraft Deutschlands leistet. Sie bietet dem hochschulischen Bereich gleichwertige Abschlüsse und vergleichbar gute Arbeits- und Einkommenschancen. Alle an der beruflichen Bildung beteiligten Akteure tragen durch ihr hohes Engagement zu dieser starken Marke bei.

Die berufliche Bildung steht jedoch zunehmend unter Druck. Eine Ursache dafür liegt in der steigenden Beliebtheit des Hochschulstudiums, verbunden mit dem Trend zu höheren Schulabschlüssen. Die Folge ist, dass immer weniger Jugendliche eine duale Berufsausbildung beginnen. Gleichzeitig verändert der technologische Wandel die im Handwerk angewandten Verfahren und Materialien sowie die Geschäftsmodelle und -prozesse. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, die Attraktivität der beruflichen Bildung zu erhöhen und zahlreiche Berufsbilder zu modernisieren. Damit dies gelingt, bedarf es der Anstrengung aller an der beruflichen Bildung beteiligten Akteure.

Vereinsregisternummer:
VR 19836 Nz, Amtsgericht
Berlin Charlottenburg
Steuernummer:
27/622/51002

Bankverbindungen:
Landesbank Berlin Girozentrale
13 487 809 (BLZ 100 500 00)
IBAN DE43 1005 0000 0013 4878 09
BIC/SWIFT BELADEVB33

Berliner Volksbank
830 183 6008 (BLZ 100 900 00)
IBAN DE87 1009 0000 8301 8360 08
BIC/SWIFT BEVODE33

DAS HANDWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.

Die Fachverbände des Handwerks engagieren sich als Vertreter ihrer Gewerke für eine moderne und attraktive berufliche Bildung. In dieser Rolle fordern sie die Bildungspolitik auf, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die berufliche Bildung auch in Zukunft eine starke Marke und eine attraktive Alternative zum Hochschulstudium bleibt.

Anliegend erhalten Sie das durch die Fachverbände des Handwerks erarbeitete bildungspolitische Positionspapier.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Schwannecke
Generalsekretär

Karl-Sebastian Schulte
Geschäftsführer UDH

Anlage



UDH
UNTERNEHMERVERBAND
DEUTSCHES HANDWERK

Positionspapier der Fachverbände des Handwerks

*Expertise der Fachverbände zur Stärkung und
Modernisierung der beruflichen Bildung nutzen*

Berlin, 10.10.2018

Bildungspolitische Herausforderungen

Die Digitalisierung, der grundlegende Wandel im Schulsystem sowie die Prioritäten in der Bildungsförderung setzen die Duale Berufsbildung zunehmend unter Druck. Die Fachverbände des Handwerks begrüßen deshalb ausdrücklich den Beschluss des Bundestags, die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ einzusetzen. Damit können mittel- und langfristige Entwicklungsperspektiven der beruflichen Bildung untersucht und Lösungen aufgezeigt werden. Die enormen bildungspolitischen Herausforderungen und der bereits spürbare Fachkräftemangel im Handwerk verlangen jedoch auch kurzfristig wirkende Maßnahmen.

Die im Unternehmerverband Deutsches Handwerk (UDH) organisierten Fachverbände vertreten die Interessen ihrer Mitglieder, insbesondere in Bildungsfragen. Sie sichern bei der Modernisierung der Berufsbilder die gewerkespezifische Expertise und den Arbeitsmarktbezug der Qualifikationen und sie beraten Betriebe in Fragen Berufsbildung und Unternehmensnachfolge. Aus Sicht der Fachverbände gibt es in der beruflichen Bildung drei große Herausforderungen:

1. Die Digitalisierung erfordert neue Kompetenzen der Beschäftigten. So sind etwa zur digitalen Planung und Organisation von Bauprozessen mit Building Information Modeling (BIM) ein gewerkeübergreifendes Prozessverständnis und vertiefte Softwarekenntnisse notwendig und der 3D-Druck, der in zahlreichen Gewerken Einzug gehalten hat, erfordert den Umgang mit neuen Werkstoffen und Technologien. Diese technologischen Veränderungen sollten sich auch in den Aus- und Fortbildungsordnungen spiegeln, die bedarfsgerecht und zeitnah zu modernisieren sind. Zwei Entwicklungen bei der Modernisierung der Berufsbilder sind jedoch kritisch zu bewerten: a) Das Konsens- und Sozialpartnerprinzip in der Ordnungsarbeit, d.h. die Zustimmung aller Akteure zur erarbeiteten Verordnung, wird teilweise außer Kraft gesetzt, indem beispielsweise im Erlassverfahren nicht mit den Sozialpartnern abgestimmte Inhalte in die Verordnungen aufgenommen werden. b) Die Ver-

fahrendauern verlängern sich wegen personeller Engstellen, etwa im Bundesinstitut für Berufsbildung und im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Eine strategische Neuausrichtung des Bundesinstituts für Berufsbildung, die zu Lasten der Modernisierung von Berufsbildern ginge, ist deshalb kritisch zu bewerten.

2. In den Gesundheits- und Ausbaugewerken gibt es auf Gesellen- und Meisterebene bereits einen flächendeckenden Fachkräftemangel, vakante Stellen in betroffenen Betrieben bleiben fünf Monate oder länger unbesetzt. Viele Betriebsinhaber haben Schwierigkeiten einen geeigneten Nachfolger für ihr Unternehmen zu finden. Bisher gewinnt das Handwerk seinen Nachwuchs vor allem aus dem Kreis der Haupt- und Realschüler. Von 1998 bis 2015 hat sich die Zahl dieser Schulabsolventen um rund 110.000 bzw. 20 Prozent verringert. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Abiturienten um rund 63.000 bzw. 28 Prozent. Da die meisten Abiturienten ein Studium beginnen, verkleinert sich der Pool, aus dem das Handwerk den Nachwuchs gewinnt.

3. Trotz formal gleichwertiger Bildungsabschlüsse unterliegen Berufsbildung und Hochschule unterschiedlichen Förderstrategien. So verausgabte der Bund für die Begabtenförderung an Hochschulen jährlich rund 266 Millionen Euro, für die Begabtenförderung der beruflichen Bildung etwa 50 Millionen Euro. Die Exzellenzstrategie der Hochschulen unterstützt der Bund mit jährlich ca. 350 Millionen Euro, den Hochschulpakt bis 2020 mit etwa 2 Milliarden Euro. In der beruflichen Bildung gibt es trotz exzellenter Leistungen weder eine Exzellenzstrategie des Bundes noch ein dem Hochschulpakt vergleichbares Förderprogramm. Angehende Meister, Restauratoren oder Betriebswirte nach der Handwerksordnung zahlen oft selbst für ihre Fortbildung.

Fazit ist, dass die Prozesse und Ressourcen zur Modernisierung von Berufen nicht immer dem Bedarf einer raschen Anpassung der Berufsbilder entsprechen. Zudem sind ein relevanter Fachkräftemangel sowie ein Ungleichgewicht in den Förderstrategien des Bundes von beruflicher und hochschulischer Bildung zu verzeichnen.

Bildungspolitische Ziele der Fachverbände

Die Fachverbände stellen sich diesen Herausforderungen und gestalten als Experten ihrer Gewerke die Berufsbildung aktiv mit. Hauptziel ist dabei die Modernisierung der Berufe und die Fachkräftesicherung. Weitere Ziele sind:

- Effiziente Verfahren zur Modernisierung von Aus- und Fortbildungsordnungen unter Beachtung des Konsens- und Sozialpartnerprinzips.
- Bedarfsgerechte und arbeitsmarktbezogene Modernisierung der Berufsbilder.
- Stärkung der Meisterqualifikation, um Unternehmensnachfolgen und Ausbildungsaktivitäten der Betriebe zu sichern.
- Stärkung und Ausbau der Höheren Berufsbildung, um leistungsstarke Schüler und Studiaussteiger für eine Ausbildung im Handwerk zu gewinnen.
- Eine dem Hochschulbereich gleichwertige Förderstrategie zur Stärkung der beruflichen Bildung.

Ausbau der politischen Rahmenbedingungen zur Stärkung der beruflichen Bildung

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es der Anstrengung aller Akteure der beruflichen Bildung. Aufgabe der Bildungspolitik sollte dabei sein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die berufliche Bildung (wieder) eine attraktive Alternative für junge Menschen wird. Die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ ist zur mittel- und langfristigen Entwicklung der beruflichen Bildung ausdrücklich zu begrüßen. Daneben schlagen die im Handwerk organisierten Fachverbände folgende kurzfristig wirkende Maßnahmen vor:

- Erarbeitung eines mit allen Akteuren abgestimmten, verbindlichen Verfahrens zur Modernisierung der Berufsbilder, das sowohl die Rollen und Funktionen der einzelnen Akteure als auch die Dauer der Verfahrensschritte benennt.
- Verankerung von Rolle und Funktion der Fachverbände bei der Modernisierung von

Berufsbildern in den verbindlichen Verfahrensabläufen, um den Arbeitsmarktbezug der Qualifikationen zu sichern.

- Hinreichende personelle Ressourcen für die Modernisierung der Berufsbilder in den beteiligten Institutionen und Ministerien. Insbesondere bei der strategischen Neuausrichtung des Bundesinstituts für Berufsbildung sollte der Ordnungsarbeit als Kernaufgabe ein entsprechendes Gewicht verliehen werden.
- Stärkung der Höheren Berufsbildung durch zwei Maßnahmen:
 - a) Die Höhere Berufsbildung ist begrifflich im Berufsbildungsgesetz und in der Handwerksordnung zu verankern.
 - b) Das Aufstiegs-BAföG ist im Zuge der anstehenden Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) mit zwei Zielen weiterzuentwickeln: Umwandlung des Darlehensanteil nach erfolgreicher Prüfung in einen Zuschuss sowie Förderung mehrerer, nicht notwendigerweise fachlich aufeinander aufbauender Fortbildungen im Verlauf einer Berufs- und Bildungskarriere über das Aufstiegs-BAföG.
- Unterstützung der Nachwuchssicherung durch zwei Maßnahmen:
 - a) Eine an allen allgemeinbildenden Schulen verpflichtende Berufs- und Studienorientierung, insbesondere an den Gymnasien, um Schüler und Schülerinnen bei ihrer Bildungsentscheidung zu unterstützen und Ausbildungs- bzw. Studienabbrüche zu reduzieren.
 - b) Als Angebot für leistungsstarke Schüler und Schülerinnen ist die flächendeckende Einführung des Berufsabiturs in den Bundesländern zügig umzusetzen.
- Etablierung eines Berufsbildungspaktes auf Bundesebene mit dem Ziel der strukturellen, institutionellen und finanziellen Stärkung der beruflichen Bildung. Die berufliche Bildung steht dabei weiterhin vorrangig in der Verantwortung der Wirtschaft, eine ergänzende finanzielle Ausstattung durch den Bund ist jedoch unerlässlich.